

Buchbesprechung: Aron Buzogány, Rolf Frankenberger (Hg.): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Segert, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Segert, D. (2008). Rezension des Buches *Osteuropa: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, von A. Buzogány, & R. Frankenberger. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(4), 499-500. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281914>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und der Fraktionskoheranz, wie Stefanie Bailer, Tobias Schulz und Peter Selb anhand eines empirischen Mehrebenenmodells nachweisen.

Länderspezifische Ausprägungen von Persönlichkeit und Politik finden sich im letzten Abschnitt des Bandes. Der Wandel der Leitideen der italienischen Demokratie führt, so Stefan Köppl, im Versuch einer Abkehr vom strikten Proporz zur Aufnahme von Leadership-Elementen. Besonders die stark auf ihren Vorsitzenden ausgerichteten Parteien (Lega Nord, Sforza Italia) streben hier nach einer Generalreform des Regierungssystems. Völlig auf eine Führungspersönlichkeit konzentrieren sich die semi-autoritären präsidialen Systeme Osteuropas, wie Nicola Gallina an den Beispielen Ukraine und Russland skizziert. Bedenklich ist dabei die Instrumentalisierung der zentralen Staatsinstitutionen und deren Beitrag zu Herrschaftserhalt und -monopolisierung. Doch nicht nur Persönlichkeitsmerkmale politischer Kandidaten sind zu betrachten, sondern auch jene der Wähler sind zu berücksichtigen, wie Christian Autengruber am Wahlverhalten ethnischer Minderheiten in Bulgarien und Rumänien veranschaulicht. Die Abwesenheit von Möglichkeiten der Interessensartikulation abseits des Parteienwettbewerbs führt dort zu einer zu einer starken Parteibindung.

Insgesamt bietet der Tagungsband, obwohl ihm ein klarer theoretischer und konzeptioneller Rahmen fehlt, einen sehr breiten Zugang zum Thema Politik und Persönlichkeit, der die Problematik aus vielen Perspektiven beleuchtet und zu weiterer Forschung in diesem Bereich anregt.

Doris Wydra (Salzburg)

E-mail: doris.wydra@sbg.ac.at

Aron Buzogány/Rolf Frankenberger (Hg.)

OSTEUROPA. POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. Baden-Baden 2007, Nomos-Verlagsgesellschaft, 291 S., 45,00 EUR.

Der auf den ersten Blick doch sehr breite Titel erklärt sich bei genauerem Hinsehen daraus, dass der Sammelband innerhalb einer Reihe mit dem Titel „Weltregionen im Wandel“ als zweiter Band erschienen ist. In der Einleitung erklären die beiden Herausgeber zu ihrem Ziel, die Kenntnisse über Besonderheiten und Entwicklungslinien Osteuropas (als einer Weltregion) zu vertiefen. Sie stellen dabei die Analyse des Einflusses der politischen Kultur auf die Transformation und jener auf die Ansichten von Individuen in den Mittelpunkt (S. 11f.). Das Buch wird einem der wichtigsten westdeutschen Kommunismus- und Osteuropaforscher gewidmet, Prof. Gerd Meyer aus Tübingen, der sich auf dem Gebiet der politischen Kulturforschung große Verdienste erworben hat. Ohne den Westen als Vergleichsmaßstab einer politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung infrage zu stellen, weisen die Herausgeber

doch auf die in den letzten anderthalb Jahrzehnten sichtbar werdenden Besonderheiten Osteuropas hin. Ein wichtiges abweichendes Phänomen ist die in der Transformation in Richtung Kapitalismus entstandene neue Armut (vgl. den Beitrag von Umut Korkut zu Ungarn und den Roma), aber auch die Tatsache, dass die Utopie der Zivilgesellschaft nur teilweise realisiert werden konnte (S. 18). Die Ausbildung der Armut im Prozess der Transformation spielt auch bei Buzogány eine Rolle, der feststellt: „Im Grunde befinden sich die Regierungen in einer Zange zwischen den internen Wohlfahrtserwartungen der Bevölkerung und den von der EU verlangten Stabilitätsmaßnahmen“ (S. 176).

In dem Band schreiben 14 AutorInnen, solche, die bereits gut in Fachkreisen bekannt sind, wie von Beyme, Bozóki oder Szabó, und auch jüngere „Post-Docs“, die sich schon durch interessante Publikationen ausweisen konnten – neben den Herausgebern sind etwa Jacobs oder Zimmer zu nennen. Charakteristisch für den Stil dieser Art Forschung ist die enge Zusammenarbeit von Forschern aus westlichen Staaten mit denen aus den beobachteten und analysierten Ländern.

Das Buch ist nach den Abschnitten „Staat und Herrschaft“, „Wirtschaft und Entwicklung“, „Kultur und Gesellschaft“ gegliedert. Es finden sich darin Länderstudien und breit vergleichende Beiträge, wobei bei den Ersteren Ungarn und Russland im Mittelpunkt stehen; eine Schwerpunktsetzung, die sich teilweise aus den Forschungsinteressen des gewürdigten Wissenschaftlers ergibt. Bezogen auf die Region als Ganze werden interne Grenzziehungen sichtbar, eine zwischen Russland und Ostmitteleuropa, aber auch Differenzen innerhalb des Raums der neuen EU-Mitgliedstaaten. Buzogány arbeitet in seinem Beitrag über Spielarten des Kapitalismus anhand der Arbeitsbeziehungen vier unterschiedliche Typen von Korporatismus heraus (S. 165ff.).

Auch in dem Beitrag von Jacobs zur Legitimität von Demokratie in Osteuropa wird eine gewisse subregionale Ausdifferenzierung deutlich, die sich allerdings nach Fragestellungen unterschiedlich gestaltet. Allen Daten zugrunde liegt eine Befragung aus dem Herbst 2000 (Political Culture in Europe, S. 220). Im Vergleich zu Westeuropa ist es fast eine durchgängige Besonderheit des ganzen Ostens, dass dem Staat in der Wirtschaft von besonders vielen Befragten eine große Rolle zugemessen wird, Ausnahme sind nur Albanien und Tschechien, wo dieser Aussage ca. 1/3 der Befragten zustimmen. In Bulgarien, Ungarn, Polen, der Slowakei und Russland erwarten hingegen 2/3 oder mehr vom Staat eine direkte wirtschaftliche Rolle. Eine alternative Ordnung zur Demokratie bejahen größere Gruppen der Bevölkerung nur in wenigen Ländern: Der Aussage, dass „ein starker Führer die Dinge besser entscheiden kann“, stimmen (Herbst 2000) 53,5% der befragten Russen und 43,6% der befragten Bulgaren zu, aber nur 11 bzw. 12% der Slowaken, Ostdeutschen und Tschechen sowie 20% der Ungarn; die Aussage, dass

„unter gewissen Umständen die Diktatur die beste Herrschaftsform ist“ unterstützen 43% der Russen, 35% der Bulgaren und 33% der Albaner, aber nur 9% der Ungarn, 12 bzw. 13% der Tschechen, Ostdeutschen und Slowaken. Bei dieser Ablehnung bzw. Unterstützung nicht-demokratischer Alternativen zeichnen sich, wie gesagt, subregionale Unterschiede ab, aber die subregionalen Grenzlinien verlaufen je nach Fragestellung anders. Es ist sicher einem so kurzen Beitrag wie dem Jacobs nicht anzurechnen, dass er die Frage nach den genaueren Ursachen solcher Einstellungsunterschiede nicht beantwortet. Darüber kann man sich aber gut im Buch des Autors von 2004 („Tücken der Demokratie“) informieren.

Das Buch ist in seinen Themenstellungen so reich (u.a. von Beyme: Methodenprobleme der Osteuropaforschung; Zimmer: Wahlklientelismus in Russland und der Ukraine; Bozoki: Positionen und interne Wandlungsprozesse in der ungarischen Opposition vor 1989), dass es dem Rezensenten schwerfällt, sich angesichts der gebotenen Kürze für die Besprechung für einen der Beiträge zu entscheiden. Das Anregende jener Vielfalt spricht für diesen Sammelband. Letztlich habe ich die Fragestellung von Katrin Heinritz gewählt, die anhand von Turkmenistan fragt: „Demokratisierung zur Diktatur?“ Turkmenistan als ehemalige Sowjetrepublik ist eine jener Gesellschaften, von denen aus westlicher Perspektive eine Bewegung hin zur Demokratie angenommen wird, die nur stecken geblieben sei,

und die (bisher) deutliche Demokratiedefekte aufwiesen (S. 136). Tatsächlich herrschte dort bis vor Kurzem der ehemalige KP-Vorsitzende vermittels einer obskuren Diktatur als „Turkmenbaši“. Heinritz stellt nun die These auf, dass eine solche Einschätzung (einer „stecken gebliebenen Demokratie“) nichts als eine Wunschvorstellung der Beobachter ist. Sie konstatiert auf Grundlage eines von ihr entwickelten theoretischen Modells, eines „Drei-Dimensionen-Würfels“ (S. 134, 139), dass das Land zwar totalitäre Züge aufweist und auch (gemessen am liberalen Modell) nicht demokratisch ist, aber dass es doch stabil und offensichtlich von der Mehrheit der Beherrschten, der Bevölkerung, akzeptiert wird. Sie spricht von einem „Dilemma der Beständigkeit“, auch die stattfindende wirtschaftliche Entwicklung würde keinerlei Bewegung in Richtung der Demokratie westlichen Typs hervorbringen (S. 152f.). Ihr ist nicht in allen Einschätzungen im einzelnen, wohl aber darin grundsätzlich zuzustimmen, dass es keinen Sinn macht, in einer Welt mit sehr vielfältigen sozialen Strukturen und Wertorientierungen einzig die besonderen Wertorientierungen des Westens (in Gestalt des Mainstreams der Demokratisierungsforschung) an die Analyse des politischen Wandels anderer Regionen anzulegen. Das hat Heinritz für Turkmenistan überzeugend belegt.

Dieter Segert (Wien)

E-mail: dieter.segert@univie.ac.at